

Informationsblätter

Environmental Peacebuilding – eine Chance für die Friedenspolitik?

Seit ungefähr zehn Jahren wird verstärkt ein Diskurs über den Zusammenhang von Klimawandel, Konflikten und Fragilität geführt, in dem die Rolle klimatischer Umweltveränderungen als Bedrohungsmultiplikator für menschliches Wohlergehen und die Bewahrung von Frieden wahrgenommen wird. Ob die Konflikte, die durch den Klimawandel verschärft oder geschürt werden, in Kooperation oder Konfrontation münden, hängt dabei jedoch zweifelsohne von dem Umgang mit ihnen ab.

Das Konzept des Environmental Peacebuilding (EPB, übersetzt etwa: „Ökologische Friedenskonsolidierung“) denkt Umwelt und Frieden zusammen und baut auf der Grundannahme auf, dass Kooperation als Tür zur Friedenskonsolidierung dienen kann. Fest steht, dass Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen ohne Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten in der Vergangenheit vielerorts zu einer Verschlimmerung der Situation beigetragen haben. Dieses Infopapier, das im Wesentlichen auf der Arbeit von Ide (2020) beruht, möchte über diese Risiken auch innerhalb von EPB aufklären und fragen: Unter welchen Bedingungen kann das Konzept eine Chance für die Friedenspolitik sein?

Entwicklung des Feldes

Mit dem nach dem Kalten Krieg in den 1990er Jahren wachsenden akademischen und praktischen Interesse an umweltbezogenen Themen hielten ökologische Ansätze auch im Bereich des Peacebuilding Einzug. Um die Jahrtausendwende entstand mit der wachsenden Aufmerksamkeit hinsichtlich Ressourcenknappheit und konflikt-zentrierter

Umweltsicherheit das inklusive Forschungsfeld Environmental Peacebuilding an der Schnittstelle von Klimawandel, Ressourcenknappheit und gewaltsamen Konflikten. Eng verbunden mit den Interessen des Feldes war die Frage, ob der Mangel, oder aber der Reichtum an Ressourcen (u.a. Wasser¹, Land, Öl, Diamanten, Holz, Metalle etc.) letztlich das Konfliktrisiko erhöht beziehungsweise senkt (vgl. Ide et al. 2021:1). Zu dieser Zeit konzentrierte sich das Feld vor allem auf Konflikte auf zwischenstaatlicher Ebene. In

¹Weitere Infos zu Wasser und Konflikt unter <https://www.bpb.de/apuz/wasser-2021/328630/wasser-und-sicherheit-zwischen-konflikt-und-kooperation>

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden - Lübbecke
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:
www.nonviolentpeaceforce.de
www.friedensbildung-nrw.de
www.love-storm.de
www.share-peace.de

BSV ist Mitglied dieser
Organisationen:
War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
AGDF
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

dieser ersten Generation von EPB wurde sich insbesondere grenzübergreifende Wasser- und Naturschutzfragen gewidmet. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gilt als Pionier in der Integration von Umweltbelangen in die Friedensförderung. Das Resultat der ersten UNEP Post-Konflikt Umweltanalyse aus dem Jahr 2003 in Afghanistan brachte direkte Erkenntnisse darüber, dass Umwelt einen der zentralsten Faktoren bei dem Wiederaufbau nach Konflikten darstellt (Johnson 2021; UNEP 2003). Als zentrale europäische Akteure traten in der Folgezeit die EU, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), UNEP sowie verschiedene NGOs und nationale Regierungsbehörden auf.

Ab 2009 gerieten nach der Gründung der UN Peacebuilding Commission (UNPC) 2005 zunehmend auch Postkonflikt Settings in den Fokus, was als zweite Generation beschrieben werden kann. In der Vorbeugung und Abmilderung von Konflikten, sowie der Hilfe zur Zusammenfindung von Konfliktparteien, wurde nun auch zunehmend auf innerstaatlicher Ebene bewaffneter Konflikte gearbeitet (Ide et al. 2021).

Aufgrund der Entwicklungen innerhalb des Feldes im letzten Jahrzehnt kann von einer dritten Generation gesprochen werden, die sich durch eine Multiplizierung einbezogener und angewandter Themen, Methoden und Diskurse auszeichnet und insbesondere die Zuspitzung des Klimawandels problematisiert. Als erste globale Vereinigung von Forscher*innen, Praktiker*innen und Entscheidungsträger*innen hat sich im Jahr 2018 die Environmental Peacebuilding Association (EnPax) gegründet. Aus 68 Ländern sind ihr bis heute mehr als 400 Einzelpersonen und 20 Institutionen beigetreten.² Mit dem Ziel der interdisziplinären Vernetzung und des Austausches von Wissen über geographische und fachliche Grenzen hinweg wurde 2019 die erste internationale Konferenz abgehalten. Nun soll die zweite Konferenz im Februar 2022 in der Schweiz folgen.³

Beispiele für Arbeitsbereiche von Environmental Peacebuilding an den Grenzen von Umwelt und Konflikt (vgl. Johnson 2021: 3-4) – unter besonderer Berücksichtigung der Dimensionen

Sicherheit, Lebensunterhalt und Wirtschaft und Politik und soziale Beziehungen sind:

- Abbau und Verkauf von natürlichen Ressourcen zur Finanzierung von bewaffnetem Konflikt
- Dynamiken von Katastrophen und Konflikt
- Umweltfaktoren in Friedensverhandlungen
- Potenzial der Kooperation in Ressourcenkonflikten
- Verbindung zwischen Friedenskonsolidierung in Postkonflikt Gebieten und Resilienz, sowie dem Management natürlicher Ressourcen

Eine Chance für den Frieden?

Das EPB Konzept benennt den Umweltschutz als wünschenswertes Ziel und räumt ihm einen grenzüberschreitenden Raum in der Friedenspolitik ein. Hervorzuheben ist, dass der EPB Ansatz den Klimawandel nicht ausschließlich als Bedrohungsfaktor wahrnimmt, sondern in ihnen auch ein friedensförderndes Potenzial sieht. Das drückt sich auch in Projekten aus:

In Osteuropa fördert die EU zum Beispiel mit dem „Danube Transnational Programme“ die Integration politischer Konzepte, sowie den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.⁴

EnPax bezeichnet EPB als einen Prozess, der das Management natürlicher Ressourcen in die Konfliktprävention, -minderung, -lösung und -bewältigung miteinbezieht, um die Widerstandsfähigkeit der konfliktgeprägten Gebiete zu stärken.⁵ Im Gegensatz zu anderen Ansätzen mit dem Ziel der Konfliktlösung oder des Umweltschutzes erfährt EPB hierdurch eine größere Akzeptanz auch in den konfliktbelasteten Staaten und fördert die Vertrauensbildung zwischen den Parteien.

Das Projekt „Good Water Neighbors“ der Organisation EcoPeace Middle East seit 2001 gilt als erfolgreicher Versuch, aus der gegenseitigen Abhängigkeit von geteilten Wasserressourcen einen Raum für Dialog und Kooperation zu generieren. Dabei arbeiteten Gemeinden aus Israel, dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Jordanien zusammen, wodurch es sowohl zwischenstaatlich als auch auf kommunaler

² Vgl. <https://www.environmentalpeacebuilding.org/association/>

³ Weitere Infos zur Veranstaltung unter <https://www.environmentalpeacebuilding.org/conferences/2nd-international-conference-on-environmental-peacebuilding/>

⁴ Weitere Infos unter <https://www.interreg-danube.eu/about-dtp/programme-presentation>

⁵ Vgl. <https://www.environmentalpeacebuilding.org/about/>

Ebene zu einer friedenskonsolidierenden Kooperation kam. Zum ersten Mal seit 49 Jahren ließ Israel im Jahr 2013 Frischwasser aus dem See Genezareth in den Unteren Jordan ab.⁶

Ein Großteil aktueller Literatur zum Thema der Friedensschaffung im Jordanbecken betont dabei, dass die Maßnahmen zu einer problematischen Entpolitisierung von Umwelt- und insbesondere Wasserfragen führen, da diese sich vornehmlich auf einer technischen Ebene des Managements abspielten.

Ähnliche Kontroversen existieren beispielsweise in Bezug auf das EPB Wassermanagement in Zypern⁷ oder im Kosovo, wo in der Wasserbewirtschaftung nach Konflikten jeweils deren komplexe politische Natur vernachlässigt wurde. Dies kann weitreichende Auswirkungen haben. Im Kosovo kam es im Zuge des Wasserprojektes etwa zu einer physischen Separierung der Akteure statt zu Kontakt. Weitere Konsequenzen waren eine problematische Vermeidung konfliktträchtiger Themen und eine Entmündigung der Bevölkerung durch fehlende Antizipationsmöglichkeiten.⁸

Risiken

Nicht selten gehen mit der Anwendung von EPB also eine Reihe nicht-intendierter (Neben-) Effekte einher, durch deren Auswirkungen es zum Teil zu erheblichen konfliktverstärkenden Faktoren kommt. Diese können sich negativ auf den Erhalt der Umwelt, auf die Beziehungen zwischen den Parteien und die sozioökonomische Entwicklung ausüben.

Nach der aktuellen Forschung lassen sich sechs zentrale Kategorien dieser Risikofaktoren unterscheiden, welche auch aus anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit bekannt sind. Tobias Ide (2020)⁹ identifiziert diese und weist darauf hin, dass diese in den meisten Fällen kombiniert und in Wechselwirkung zueinander auftreten. Nur unter einer ausreichenden Berücksichtigung dieser Faktoren, ihren Auswirkungen und Wechselwirkungen kann Ide zufolge das friedensfördernde Potenzial von EPB entfaltet werden – sich also sowohl

nachhaltig positiv auf den Frieden als auch die Umwelt auswirken (vgl. Abb. 1).

- Entpolitisierung

In der Umsetzung von EPB Projekten kann es dazu kommen, dass die politischen Ursachen umweltlicher Probleme durch die Bevorzugung technischer Handlungsansätze in den Hintergrund gerückt werden. Umweltliche Probleme sind, eingebettet in häufig langjährige Spaltungen, ungleiche Machtdynamiken oder sozioökonomische Gefälle, kein neutraler Gegenstand in einem politischen Vakuum. Auch ist der Fokus auf die Resilienz, die Widerstandskraft der lokalen Bevölkerung, mitunter problematisch, da er die Verantwortung von der staatlichen auf die individuelle bzw. zivile Ebene verschiebt. Gerade die Verwundbarkeit gegenüber klimatischen Umständen ist dabei jedoch ein Umstand von Knappheiten, die durch politische Misswirtschaft entstanden sind.

- Verdrängung

Im Kontext von EPB kommt es häufig zu der Verdrängung von lokaler Bevölkerung aufgrund der Übernahme von Land, welches im Rahmen der Maßnahmen benötigt wird. Solche großflächigen Projekte (z.B.: Dämme, Naturschutzgebiete) verursachen direkte, unfreiwillige Migrationsbewegungen, oftmals begleitet von unzureichenden Kompensationen. Dabei wird eine ganze Reihe schwerwiegender Folgen in Kauf genommen: Nicht nur werden Menschen aus ihrer langjährigen Heimat und ihrem sozialen Umfeld entwurzelt und damit ebenfalls die von ihnen erhaltene Biodiversität gefährdet. Auch sind diese Menschen einer deutlich größeren Verwundbarkeit hinsichtlich u.a. ihres Lebensunterhalts, Diskriminierungen oder sozialen und lokalen Konflikten ausgesetzt, welche in den Gebieten auftreten, in welche die Menschen ausweichen. Als zunächst unsichtbare Folge kommt es jedoch auch im Rahmen kleinerer Projekte zu einer indirekten Verdrängung der ärmeren Bevölkerung. Beispielsweise können Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung oder Urban Gardening dazu führen, dass die Gegend für wohlhabendere Teile der Bevölkerung attraktiver wird und infolgedessen

⁶Weitere Infos zu diesem Projekt im finalen Abschlussbericht unter <https://www.globalwaters.org/resources/assets/good-water-neighbors-final-program-report> oder dem Blog von Peace Insight: <https://www.peaceinsight.org/en/articles/good-water-neighbors-middle-east/?location=israel-palestine&theme=>

⁷Weitere Infos unter Emel Akçali und Marco Antonsich, "Nature knows no boundaries": a critical reading of UNDP environmental peacemaking in Cyprus', *Annals of the Association of American Geographers* 99: 5, 2009, pp. 940–47; Dimitrios Zikos, Alevgul H.

Sorman and Marissa Lau, 'Beyond water security: securitisation and identity in Cyprus', *International Environmental Agreements* 15: 3, 2015, pp. 309–26.

⁸Weitere Infos unter Florian Krampe, 'Water for peace? Post-conflict water resource management in Kosovo', *Cooperation and Conflict* 52: 2, 2016, pp. 147–65.

⁹Tobias Ide (2020), „The Dark Side of Environmental Peacebuilding“.

Impact... ... on → ... of ↓	Depoliticisation	Displacement	Discrimination	Deterioration into Conflict	Delegitimation of the State	Degradation of the Environment
Depoliticisation		Legitimises displacement	Enables discrimination by making it less visible	Reduces political channels for conflict transformation		Technical solutions do not address root causes of environmental problems
Displacement	Makes political dimensions more visible		Increases vulnerability to discrimination	Creates conflicts about displacement and in receiving areas	Affected populations consider the state less legitimate	Migrants lack ecological knowledge in new locations
Discrimination	Makes depoliticisation harder	Discriminated groups are more vulnerable to displacement		Creates additional grievances	Discriminated populations consider the state less legitimate	Discrimination of certain (e.g., indigenous) forms of environmental knowledge
Deterioration into Conflict	Makes depoliticisation harder	Additional displacement due to insecurity	Intensifies grievances and facilitates discrimination		Conflicts as a challenge to the state	Environmental destruction during conflicts
Delegitimation of the State			Less cooperation with the state accelerates discrimination	Makes anti-state actions more likely		Complicates environmental management
Degradation of the Environment		Justifies displacement	Affects discriminated groups stronger	Creates additional grievances	Affected groups consider the state less legitimate	

positive impact
 negative impact
 no/unclear impact

Abbildung 1 Wechselwirkungen der Risiken (Ide 2020: 6)

die Gentrifizierung erleichtert wird.

- Diskriminierung

Verbunden mit der Frage danach, wer in einem friedenskonsolidierenden Prozess von welcher Maßnahme profitiert oder nicht, besteht die Gefahr der Diskriminierung entlang sozialer, geschlechtsspezifischer und anderer Kategorien und Zugehörigkeitsbeschreibungen. Die Folge ist eine Reproduktion bestehender sozioökonomischer, sozialer oder kultureller Hierarchien und Spaltungen. Solche benachteiligenden Auswirkungen können etwa durch den Ausschluss der lokalen indigenen Bevölkerung von Entscheidungs- oder Beratungsprozessen entstehen (Ide 2020: 4).

Eine weitere Form der Diskriminierung erfuhren ein Teil der Bevölkerung an der Grenze zwischen Ecuador und Peru: Im Jahr 1998 wurde dort zum Zweck der Entmilitarisierung und Vertrauens-

bildung der Friedenspark „Cordillera del Cóndor“ eingerichtet.¹⁰ Nicht nur wurden die Menschen vor Ort von dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen, in dem eine Überschneidung des Parkareals mit den Gebieten der indigenen Bevölkerung festgelegt wurde. Auch verloren die Menschen infolgedessen den Zugang zu diesen Gebieten, welche zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, dem Rohstoff Holz oder Heilpflanzen eine wichtige Rolle spielen. Die Folgen korrelierten mit weiteren Risikofaktoren: lokaler Widerstand, Schwächung der Staatslegitimität und Gefährdung von Lebensgrundlagen (Froese und Schilling 2020).

Fragwürdig ist außerdem, dass EPB Projekte zur Verstärkung der Abhängigkeit von Frauen von ihren Männern beitragen, statt ihr entgegenzuwirken. Dies liegt zum einen daran, dass EPB häufig eher die männliche Bevölkerung und ehemalige Soldaten adressiert und ihnen

¹⁰ Dieses Projekt wurde ausführlicher in unserem BSV Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 60 behandelt, mehr unter: <https://www.soziale-verteidigung.de/erfolgreiche-konfliktbearbeitung-schlusse-beilegung-grenzkonflikts-zwischen-peru-ecuador>

gegenüber Frauen mehr Zugang zu Trainings und Qualifizierungen ermöglicht. Durch solche Benachteiligungsmechanismen kann es dazu kommen, dass Aufgaben, die traditionell von Frauen ausgeführt werden (z.B. landwirtschaftliche Bewirtschaftung, Wasserholen), negativ beeinflusst werden. Nicht selten untergrub dies ihr bedeutendes Umweltwissen und verhinderte ihre weitere Einbindung in gemeinschaftliche Treffen.

- Verschlechterung der Situation hin zu einem Konflikt

Statt, wie intendiert, zu deeskalierenden Effekten kann es durch EPB Interventionen mitunter zu einer Verschlechterung der Gesamtsituation kommen, d.h. zu einer Polarisierung der Gemeinschaft oder auch physischen Gewaltausbrüchen. Gerade weil EPB Projekte in Gebieten politischer Instabilität durchgeführt werden, sollte demnach beachtet werden, dass eine friedenskonsolidierende Einigung auf einer Ebene zu einer Zuspitzung des Konflikts auf einer anderen Ebene führen kann. Etwa können im Rahmen eines Projektes in Sierra Leone durchgesetzte umweltbezogene und soziale Standards von Großproduzenten leichter eingehalten werden als von kleineren Unternehmen, wodurch bewaffnete Konflikte ausgelöst wurden.

- Delegitimierung des Staates

Eine weitere nicht-intendierte Folge in der zivilen Friedensförderung durch gemeinsame Umweltschutzarbeit besteht in der Delegitimierung des Staates gegenüber seinen Bürger*innen. Wenn kritische Aufgaben beispielsweise nach oben (an z.B. internationale Gremien) oder außen (an z.B. NGOs) weitergegeben werden, wird die staatliche Kernfunktion in Sicherheitsfragen untergraben. Da infolge seiner Managementkapazitäten infrage gestellt werden, kann es zu einem Vertrauensverlust kommen.

- Degradierung der Umwelt

Trotz der Intention des Umweltschutzes kann es durch die EPB Zusammenarbeit unter Umständen zu einer Verschlechterung von Umweltbedingungen kommen. Diese tritt häufig in Verbindung mit Konfliktsituationen oder Bürgerkriegen auf, die den Lebensunterhalt der Menschen vor Ort akut bedrohen. EPB Interventionen dringen in kurzer Zeit oft nicht an

die strukturellen oder ressourcenbezogenen Verteilungsfragen (Entpolitisierung), wodurch die nicht nachhaltige politische und wirtschaftliche Ordnung unverändert bleibt. Bereits seit Entstehung des Konzepts existiert die Sorge darum, ob EPB lediglich eine koordinierte Ressourcenausbeutung begünstigt. Am Aralsee führte eine international unterstützte Wasserkoooperation zur Verhinderung eines Wasserkonfliktes beispielsweise zu einer solchen koordinierten Überextraktion des Wassers. Der wasserintensive Baumwollanbau etwa, als eine der eigentlichen Ursachen, wurde hingegen nicht adressiert (Entpolitisierung).¹¹

Kritik

Neben einer grundlegenden methodologischen Kritik, die sich sowohl auf theoretische als auch empirische Lücken bezieht, besteht eine unzureichende Dokumentation und Forschung darüber, weshalb und wann eine umweltorientierte Intervention zu Frieden geführt hat oder nicht. Häufig ist es schwer zu definieren und hängt stark von der Perspektive ab, was für wen nun Erfolg oder Misserfolg bedeutet. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass, wenn EPB Interventionen tieferliegende, politische Spannungen nicht adressieren, Ausgrenzungen oder andere der oben genannten Risiken verstärkt werden können (vgl. Ide et al 2021: 4).

Ausblick: „Peacebuilding from below“

Das große Potenzial des EPB Ansatzes besteht darin, dass er sich den dringenden Herausforderungen unserer Zeit stellt, indem er den Blick auf die enge Verflechtung von Klimaveränderungen und Sicherheitsaspekten richtet. Es besteht kein notwendiger Zusammenhang zwischen Klima und Konflikt: Umweltveränderungen, so vertreten es die Akteur*innen von EPB, können auch mit Solidarität und einer friedlichen Zusammenarbeit einhergehen. Dabei macht EPB erkenntlich, dass nur ein ökosystemische, keine rein nationalpolitische Herangehensweise, die alle Ebenen und Perspektiven eines Konfliktes und vorherrschenden Machtdynamiken miteinbezieht, letztlich eine nachhaltige Entwicklung einleiten kann. Zu einer reflektierten Auseinandersetzung mit den genannten Risikofaktoren gehört auch,

¹¹ Weitere Infos unter Weinthal, E. (2002). The promises and pitfalls of environmental peacemaking in the Aral Sea Basin. In G. Dabelko & K. Conca (Eds.), *Environmental Peacemaking* (pp. 86–119). Baltimore: John Hopkins University Press.

sich der Kritik zu stellen, dass die liberale Friedenskonsolidierung bislang stark von einem hegemonialen westlichen Modell von Entwicklung, Frieden und Demokratie geprägt ist (vgl. Ide 2021: 107).

Dies birgt innerhalb von EPB die Gefahr von unangemessenen Top-Down Umsetzungen in nicht-westlichen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Kontexten. Auch neigt der Ansatz internationaler Akteure dazu, dass eine liberale Wirtschaftspolitik gefördert wird, die jedoch in instabilen und von strukturellen Ungleichheiten geprägten Lagen im schlimmsten Fall zu einer weiteren Polarisierung führen kann (vgl. Ide 2021: 106f).

Stattdessen muss eine lokale Wende angestrebt werden, bei der die lokale Bevölkerung aktiv und direkt in EPB Projekte miteinbezogen wird. Nur so kann von unten, in Bottom-Up Ansätzen, eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet werden (vgl. Ide 2021: 107). Eine zentrale Rolle spielt die Betonung der Handlungsfähigkeit der lokalen zivilen Bevölkerung in Konfliktlösung und Klimaschutz, statt eine Reproduktion orientalistischer Bilder des Globalen Südens als inkompetent und gewalttätig (vgl. Ide 2020: 2). Es ist demnach dringend notwendig für eine nachhaltige Friedenskonsolidierung durch EPB, die lokalen kulturellen Traditionen, Normen und Bedeutungszusammenhänge in die Forschung und Praxis stärker miteinzubeziehen. Dies bedeutet unter anderem auch, ein umfassendes Verständnis nicht nur über die sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung aufzubauen, sondern auch über die spirituellen, kulturellen und ortsbezogenen Verbindungen der Menschen zur Umwelt. Dabei muss es sich zur Aufgabe gemacht werden, unterschiedliche Sichtweisen auf Natur und Umwelt zuzulassen und sie in die Arbeit miteinzubeziehen, z.B. indigene Vorstellungen und Kosmologien. Wie durch die Kritik an EPB ebenfalls deutlich wurde, zählt zu den zentralen Herausforderungen der kommenden Zeit auch den stärkeren Einbezug der Beiträge von Frauen zu Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden.

Ein veranschaulichendes Beispiel für einen Bottom-Up Ansatz ist die *tara bandu* Praktik im Kontext des Ressourcenmanagements Timor-Lestes. Der Begriff *tara bandu* beschreibt einen lokal entstandenen Prozess der gemeinschaftlichen Konfliktbearbeitung auf Basis der sozialen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft. Der Erfolg und die Legitimität dieser Praktik hängt dabei im Wesentlichen von der regen Einbindung der

lokalen Hauptakteur*innen in der Erarbeitung eines kommunalen Abkommens im Bereich der Friedensförderung ab, sodass diese ihre Interessen und Wünsche (z.B. die Erhaltung bestimmter Landschaften aufgrund ihrer Verbindung zum Reich der Ahnen) vertreten können. Wie sich gezeigt hat, kann die Unterstützung externer Akteure insbesondere bei einem Mangel an finanziellen oder materiellen Kapazitäten vor Ort eine erfolgreiche Umsetzung fördern. Allerdings kann sie leicht Gefahr laufen, die Wirksamkeit von *tara bandu* zu untergraben, Reibungen zwischen lokalen und externen Werten hervorgerufen, oder gar für staatliche Interessen instrumentalisiert zu werden (vgl. Ide 2021).

Autorin : Miriam Kisielewski, Dezember 2021

Zitierte und weiterführende Literatur

<https://www.environmentalpeacebuilding.org>

<https://peacelab.blog/debatte/klima-und-konflikte>

<https://www.peaceinsight.org/en/articles/?theme=environment&location=>

<https://www.unep.org/>

<https://academic.oup.com/bioscience/article/68/3/157/4829561>

<https://www.unep.org/explore-topics/disasters-conflicts/what-we-do/recovery/partnerships>

Froese, Rebecca; Schilling, Janpeter (2020): Umwelt und Frieden zusammendenken Environmental Peacebuilding als Chance für die deutsche Friedens- und Entwicklungspolitik - PeaceLab-Blog. Online verfügbar unter <https://peacelab.blog/2020/05/umwelt-und-frieden-zusammendenken-environmental-peacebuilding-als-chance-fuer-die-deutsche-friedens-und-entwicklungspolitik>.

Ide, Tobias; Bruch, Carl; Carius, Alexander; Conca, Ken; Dabelko, Geoffrey D.; Matthew, Richard; Weinthal, Erika (2021): The past and future(s) of environmental peacebuilding. In: *International Affairs* 97 (1), S. 1–16. DOI: 10.1093/ia/iiaa177.

Ide, Tobias (2020): The dark side of environmental peacebuilding. In: *World Development* 127, S. 104777. DOI: 10.1016/j.worlddev.2019.104777.

Johnson, McKenzie F.; Rodríguez, Luz A.; Quijano Hoyos, Manuela (2021): Intrastate environmental peacebuilding: A review of the literature. In: *World Development* 137, S. 105150. DOI: 10.1016/j.worlddev.2020.105150.

UNEP (2003). Afghanistan post-conflict environmental assessment. Geneva: United Nations Environment Programme.